

Antrag

des Abgeordneten Werner (Dierstorf) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Schnellstmögliche exakte regionale Messung der radioaktiven Belastung im Rahmen landwirtschaftlicher und gärtnerischer Arbeiten und Verarbeitung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

folgende Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit von Landwirten, Gärtnern und Verarbeitern zu ergreifen:

1. Regionale Belastungswerte von Boden, Erntegut und Verarbeitungsprodukten (Heu, Silage, Futtermittel usw.) zu ermitteln und den Betroffenen unverzüglich bekanntzugeben,
2. die Belastungen, denen Erzeuger und Verarbeiter im Rahmen der einzelnen Arbeitsschritte ausgesetzt sind, schnellstmöglich zu ermitteln und die jeweilige Ganzkörperbelastung sowie die evtl. vom Erntegut ausgehenden Belastungen den Betroffenen bekanntzugeben,
3. hochbelastetes Erntegut, von dem für Landwirte, Gärtner oder Verarbeiter Gefahren ausgehen können, sicherzustellen und die Betroffenen dafür zu entschädigen.

Bonn, den 30. Juli 1986

Werner (Dierstorf)
Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Caesium 137 – Belastungen des Heus von mehr als 12 000 bq im ersten Schnitt, über 11 000 bq in der Silage, mehr als 900 bq im zweiten Schnitt (s. Angaben des Landwirtschaftsamtes Bayern) sind wiederholt festgestellt worden. Die Einlagerung von 100 dt Heu mit einer Belastung von 10 000 bq Caesium 137 ergibt eine Summe von 1 000 000 bq unter einem Dach. Über die von einer solchen radioaktiven Belastung für die Bauern und ihre Familien ausgehenden Gefahren liegen bislang keine Informationen, Vorschriften oder Bestimmungen der Bundesregierung vor, die dem einzelnen die Möglichkeit geben könnten, sich zu schützen bzw.

bewußt mit evtl. Gefahren umzugehen. Auch die Heuernte und Verfütterung setzt den Bauern einer vermutlich kaum mehr mit der Strahlenschutzverordnung zu vereinbarenden Strahlenbelastung aus. Die sofortige Information aller Betroffenen über die von ihrer Arbeit ausgehenden Gefahren und mögliche Schutzmaßnahmen ist im Rahmen einer verantwortungsvollen Regierungspolitik unerläßlich.